

Postbank? Nein, danke !

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Die PostFinance bemüht sich seit längerer Zeit um eine volle Banklizenz. Angesichts der Geschäfte, die diese PostFinance bereits heute betreibt und der damit verbundenen Risiken, wäre eine solche wegen des unfairen Wettbewerbs schon längst fällig gewesen. Die PostFinance tätigt zahlreiche Bankgeschäfte, ohne dass sie deswegen bankähnliche Eigenmittelvorschriften erfüllen muss. Verglichen mit den Kundenausleihungen von CHF 56 Mrd. machen die Eigenmitteln von CHF 589 Mio. (Mitte 2008) nur **magere 1,1%** aus. Die Bank wäre deshalb gemäss risikogewichteter Eigenmittelregeln, wie sie für Banken gelten, ungenügend kapitalisiert ist und der Bund müsste die Postbank vorerst rekapitalisieren. Wie die Grossbanken müsste sie zur Einhaltung einer Leverage Ratio von mindestens 3% verpflichtet werden, d.h. der Bund hätte etwa CHF 1 Mrd. Kapital einzuschüssen. Die knappe Eigenkapitalausstattung lässt sich auch der Eigenkapitalrendite von mehr als 20% ablesen. Die PostFinance müsste der FINMA unterstellt werden und sie hätte sämtliche bankenrechtlichen Vorschriften inklusive jene der Selbstregulierung zu erfüllen. Das Personal müsste nochmals auf fachliche Kompetenz und Gewährleistung einer einwandfreien Geschäftsführung überprüft werden. Ausserdem müsste eine kostspielige bankenmässige interne Organisation mit entsprechenden Kontrollmechanismen aufgebaut werden (Risikomanagement und Risikokontrolle, angemessene Erfassung von Kredit-, Markt- und operationellen Risiken, unabhängige Compliance Funktionen etc.).

Die SVP hat sich bisher gegen eine solche Banklizenz für die Post ausgesprochen, weil kein Verfassungsauftrag besteht und vor allem weil in der Schweiz genügend Banken existieren. Die Schaffung einer Postbank wäre mit zahlreichen Interessenskonflikten verbunden, denn der Bund wäre **Regulator, Aufsichtsbehörde, Lizenzgeber und Eigner** zugleich. Als staatliche Bank würde sie von einer Staatsgarantie profitieren und gegenüber den landesweiten Regionalbanken und Raiffeisenbanken privilegiert. Sie stände teilweise auch in Konkurrenz zu den Grossbanken, aber sie würde kaum in der Lage sein, im internationalen Geschäft, insbesondere im Exportkreditgeschäft und im Grosskreditgeschäft mitzuwirken. Bei der aktuellen Kreditverknappung besteht das Problem momentan aber gerade bei der Vergabe von ungesicherten und Grosskrediten und im Exportkreditgeschäft. Bekanntlich müssen sich einige Auslandbanken aus der Schweiz zurückziehen, weil sie Staatshilfe erhielten und die Staaten nicht bereit sind, Auslandsrisiken mitzutragen. Deshalb fallen nun einige grosse Auslandbanken, die in den letzten Jahren sukzessive im Exportkreditgeschäft der Schweiz Fuss gefasst haben, als Marktteilnehmer wieder aus. Grosse Exportaufträge finanzieren praktisch nur noch die zwei Grossbanken und die Zürcher Kantonalbank. Es wäre unklug, wenn der Bund für solche Geschäfte die Risiken übernehmen würde, denn hier dürfte die Politik Auflagen machen, wie das Verbot von Exportkrediten in unerwünschte Destinationen oder Beschränkungen auf nachhaltige oder umweltschonende Projekte etc. Damit besteht die Gefahr, dass die Postbank für politische Interessen missbraucht wird. Analog der Forderungen für die UBS müsste der Bund auch für die Postbank die maximale Grösse und die Saläre festlegen. Der Bund wäre auch im Verwaltungsrat vertreten, woraus sich wiederum

Haftungsprobleme ergeben. Die Erteilung einer Banklizenz käme nur dann in Frage, wenn die Postbank als Aktiengesellschaft vollständig im Publikum platziert würde.

Mit der Erteilung einer Banklizenz wäre eine bessere **Kreditversorgung der KMUs** noch lange nicht gesichert. Auch eine Postbank müsste Kreditbonitäten festlegen und die Zinshöhe darauf ausrichten und sie kann auch nicht aus politischen Gründen jene Kredite vergeben, die andere Banken aus Risikoüberlegungen verweigern. Vielleicht gelingt es der PostFinance, dank der Staatsgarantie billige Kundengelder anzuziehen und gewisse Zinsvorteile herauszuwirtschaften und damit den Grossbanken und vor allem den Kantonalbanken auch gute Kreditkunden abzujagen. Die Kantonalbanken dürften dann die Hauptgeschädigten einer vom Bund garantierten Postbank sein, denn sie sind in ihrer Geschäftstätigkeit meistens auf ihr Kantonsgebiet eingeschränkt. Die Bundes-Postbank wäre mit einer Staatsgarantie versehen und würde schweizweit aktiv sein. Es werden vor allem die Kantonalbanken der kleineren Kantone sein, die nicht mit der Bundes-Postbank mithalten können. Für die Kantone bedeutet dies geringere Erträge seitens der Kantonalbanken, möglicherweise höhere Risiken und allenfalls ein schrumpfendes Geschäftsstellennetz.

Die Frage der **Quersubventionierungen** bleibt auch bei einer Abspaltung der Postbank von der Restpost. In vielen Fällen verbleiben die Schalter der Postbank in den Räumlichkeiten der Post. Solange die Postbank unter dem Logo „Post“ segelt, kommt im Falle einer Banklizenz dennoch für sämtliche Konzerngesellschaften die Beistandspflicht gemäss Bankengesetz zum Zuge. Im Jahre 2007 erwirtschaftete die PostFinance mit 6,2% des Post-Personals rund 22% des Betriebsertrages und 36,7% des Betriebsergebnisses. Trennt man die Postbank von der Restpost ab, dann werden die unrentablen Unternehmensteile wohl wieder mit Staatsgeldern oder höheren Posttaxen finanziert werden müssen. Die Lohnentwicklung wäre wohl bei der Postbank im Wettbewerb mit anderen Banken günstiger als bei den zurückbleibenden Postangestellten. Diese unterschiedliche Entwicklung der Löhne und der Strukturen der Belegschaft dürften nicht ohne Folgen für die Pensionskasse der Post bleiben, die ebenfalls aufgeteilt werden muss. Unklar wäre bei einer Aufteilung auch die Besteuerung. Wahrscheinlich würde der Kanton Bern Hauptsitz dieses Institutes sein und zusätzliche Steuern auf Kosten der anderen Kantone kassieren. Die Kooperationen und Klumpenrisiken der heutigen PostFinance mit in- und ausländischen Partnern müsste unter dem Aspekt der Staatsgarantie überprüft werden. Die PostFinance behauptet, sie benötige die Banklizenz, weil sie sonst nur im Ausland (heute CHF 30 Mrd.) aktiv sein dürfe. Sie könnte jedoch sehr wohl Pfandbriefe oder Anleihen von Gemeinwesen in der Schweiz erwerben und damit erstklassige Risiken einkaufen. Dass auch eine PostFinance von Turbulenzen an den Kapitalmärkten betroffen wird, zeigen die Wertberichtigungen 2008 in Höhe von CHF 179 Mio. auf ihren Kapitalanlagen. Davon entfallen CHF 59 Mio. auf Aktienbestände und CHF 120 Mio. auf festverzinsliche Anlagen. Diese Verluste machen immerhin rund 30% des Eigenkapitals zur Jahresmitte 2008 aus.

Fazit: So verführerisch die Schaffung einer Postbank für eine kostengünstige Kreditversorgung der Schweizer KMUs erscheint, so ist eine solche Staatsbank aus ordnungspolitischen Gründen, aber auch wegen des Risikos und der Interessenskonflikte abzulehnen. Schlechte KMU-Schuldner werden auch von einer Postbank nicht tel quel (ungesicherte) Kredite erhalten. Die Schweiz verfügt über genügend Bankkapazitäten und die Leidtragenden wären die

Kantonalbanken, mit entsprechenden Folgen für die Kantonsfinanzen. Eine Lizenzerteilung käme nur dann in Frage, wenn die Postbank als AG vollständig im Publikum platziert und damit entpolitisiert würde. Der Erlös aus dem Verkauf müsste von Gesetzes wegen zum Schuldenabbau verwendet würde.